Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 2

Artikel: Nach dem achten jugoslawischen Parteikongress : realisitische Betrachtung dominiert

Autor: Stankovic, Slobodan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076928

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach dem achten jugoslawischen Parteikongress

Realistische Betrachtung dominiert

Von Slobodan Stankovic

Wie weit der letzte Belgrader Parteikongress eine neue Etappe auf dem «jugoslawischen Weg zum Sozialismus» einleitet, werden die nächsten zwei bis drei Jahre erweisen müssen. Aber die ungewöhnlich offene Diskussion über entscheidende Strukturfragen eines kommunistischen Staates ist bereits ein vermerkenswertes Ergebnis. Auch rührt eine Untersuchung über den «Sonderfall Jugoslawien» heute an manches, was für die Entwicklung in Osteuropa symptomatisch ist oder zu werden verspricht, so dass die in Belgrad besprochene Problematik mehr als nur nationales Interesse beansprucht. Der Verfasser unseres Beitrages, Slobodan Stankovic, ist der Chef des jugoslawischen Sektion bei «Radio Freies Europa».

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens brachte seinen achten Kongress vom 7. bis 13. Dezember in Belgrad mit folgenden Worten Titos zum Abschluss: «Kein Parteitag wird allein seiner Diskussionsthemen und seiner Entschliessungen wegen historisch. Entscheidend ist vielmehr die Weise, wie diese Beschlüsse verwirklicht werden.» In der Tat wird das für eine künftige Beurteilung des Kongresses bestimmend sein. Aber aus heutiger Sicht kann man seine Wichtigkeit vor allem in der offenen Diskussion jugoslawischer Probleme einschliesslich ihrer negativen Aspekte sehen, einer Debatte, welche die anwesenden Vertreter des Sowjetblocks augenscheinlich recht verblüfft hat.

Von der Entschliessung aus betrachtet, brachte der achte Parteitag keine sensationellen oder unerwarteten Ergebnisse. Die drei letzten Kongresse (Juli 1948, November 1952 und April 1958) waren in ihrer internationalen Bedeutung wichtiger gewesen. Der Grund dafür hatte in ihrem antisowjetischen Charakter gelegen. Dieser achte Kongress nun war der erste, der von Delegierten aus der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten beschickt war, der erste, der nicht unter antisowjetischem Vorzeichen stand. Die statt dessen zum Ausdruck kommende antichinesische Haltung konnte weder im Inland noch im Ausland das gleiche Interesse wecken, das früher dem Konflikt mit Moskau gegolten hatte.

Das machte die Tagung automatisch zu einer Diskussionsplattform für interne Angelegenheiten. Mit Ausnahme des doch weit entfernten Chinas bedroht heute keine auswärtige Macht die Existenz Jugoslawiens. Eher rivalisieren Ost und West miteinander, Tito und seiner kommunistischen Hausmarke zu helfen. Allfällige Gefahren müssen nicht mehr ausserhalb, sondern nur noch innerhalb der Landesgrenzen gesucht werden. Interne Themen dominierten denn auch die Kongressarbeit.

Selbstverwaltung und Partei

Verständlicherweise richteten die westlichen Pressevertreter ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die gegenwärtige jugoslawische Einstellung zur kommunistischen Weltbewegung. Tito und seine Partei hatten ja als erste den Sowjetblock verlassen und eine «schöpferische Auslegung» von Marxismus und Leninismus entwickelt, die eine Anzahl neuer Ideen und praktischer Massnahmen einführte. Hier bestätigte der Parteitag, dass die jugoslawische KP den Schwesterparteien in andern kommunistischen Ländern immer noch um Jahre voraus ist, wenn es um die «schöpferische Anwendung» der Lehre geht.

Nur hat diese Münze sozialistischer Eigenprägung auch ihre Kehrseite. Der jugoslawische Kommunismus hat nicht nur im kommunistischen Ausland Verwirrung gestiftet, sondern auch im Lande selbst. Schwierigkeiten verschiedener Art tauchen für die Partei auf. Einige konnten gelöst werden, andere sind noch angewachsen. Risse lassen sich feststellen, nicht nur in der vielzitierten Nationalitätenfrage oder im Konkurrenzkampf ideologischer Varianten, sondern sozusagen im Bewusstsein jedes einzelnen Parteigängers. Auch wenn er das gegenwärtige Regime voll unterstützt, ist er nicht unbedingt so sicher über die Art und Weise, wie es am besten weitergeführt werden kann. So haben etwa etliche jugoslawische Kommunisten in aller Aufrichtigkeit vermehrte wirtschaftliche Demokratisierung und Liberalisierung gefordert, gleichzeitig aber auch eine straffere Diziplin durch die Partei.

Schwer zu vereinbaren ist namentlich der Führungsanspruch der Partei einerseits und das Funktionieren der von ihr selbst auf den Schild gehobenen Arbeiterselbstverwaltung anderseits. Dass es sich um ein fundamentales Dilemma handelt zeigten nicht zuletzt die Reden Titos und seiner «Kronprinzen» Rankovic und Kardelj. Das System der Arbeiterselbstverwaltung, das Kind und der Stolz der jugoslawischen Kommunisten, droht die Partei in einen ernsthaften Konflikt mit dem Marxismus-Leninismus zu bringen. Das Argument ist übrigens in den übrigen kommunistischen Ländern noch immer zu hören, wenn auch das jugoslawische Experiment dort nicht mehr (wie in den fünfziger Jahren) als kapitalistisch abgetan oder (wie zu Beginn der sechziger Jahre) schamhaft verschwiegen wird. Aber um so grösser waren die Anstrengungen Belgrads zu beweisen, dass gerade das jugoslawische System wahrhaft marxistisch-leninistisch ist.

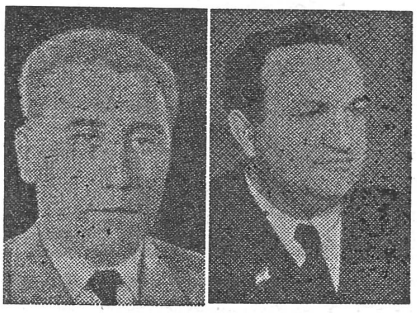
Eine bemerkenswerte Nebenerscheinung dieser Bemühungen ist die immer intensivere Diskussion über die führende Rolle der Partei geworden. Keine andere KP an der Macht hat es bisher für nötig erachtet, offen die Frage aufzuwerfen, ob sie zur Führung und Herrschaft berufen ist oder nicht. Denn in keinem andern Land gibt es eine Organisation, welche den Führungsanspruch der Partei in Frage stellen könnte.

Gerade das aber droht die Arbeiterselbstverwaltung zu tun. Sie ist eine Gefahr für die Einheit von Staatsmacht und Partei-Ideologie, und sie drängt die Partei in die Defensive: diese sieht sich fast tagtäglich gezwungen, umständlich zu erklären, dass sie die Führung innehat, und dass man diese Tatsache zur Kenntnis nehmen müsse. Das System der Arbeiterselbstverwaltung ist gewissermassen zu sehr gewachsen, als dass es von seinen Eltern noch länger als kleines Kind behandelt werden könnte.

Diesen Vorgang illustriert auch unsere Karikatur aus der Belgrader «Politika». Die Gouvernanten — Administration und Bürokratie — sehen mit Erstaunen, dass der bisherige Säugling nunmehr den Führerschein in der Hand schwingt und selbständig loszufahren gedenkt.

Die Zentralisten . . .

Freilich sind es nicht, wie oft angenommen, Administration und Bürokratie allein, welche die grossgewordene Arbeiterselbstverwaltung weiterhin am Gängelband halten möchten. Die mehr oder weniger um Vizepräsident Rankovic gescharten Befürworter der Zentralisierung in Wirtschaft und Ideologie sind in den letzten Jahren sehr aktiv gewesen. Sie verwerfen im allgemeinen den Pluralismus als Schädigung der Einheit, die erstes jugoslawisches Anliegen bleiben müsse. Freilich bekennt sich auch die Gegengruppe, die auf Dezentralisierung drängt, zur Einheit. Aber sie besteht auf der Forderung des zulässigen Meinungsstreites und damit praktisch auf die Duldung politischer und ideologischer Differenzen. Beide Tendenzen halten sich nach jahrelangem Seilziehen noch immer ungefähr die Waage. Was immer



Opponenten am Parteikongress: Um den jugoslawischen Vizepräsidenten Alexander Rankovic (Serbe, ein möglicher Nachfolger Titos) scharen sich die «Zentralisten», während Vladimir Bakaric (rechts) Sprecher der «liberalen Gruppe» ist.

Die Gouvernanten der Arbeiterselbstverwaltung, Administration und Bürokratie, sehen verblüfft, dass der vermeintliche Säugling plötzlich grossgeworden ist und mit der Fahrbewilligung in der Hand selbständig loszufahren gedenkt. Parallel dazu stellt sich die Frage, ob die Partei Gouvernante einer emanzipierten Wirtschafts- und Gesellschaftsform bleiben kann. (Karikatur «Politika», Belgrad.)

auch für Reformen versucht wurden, ihre praktisch meist ungenügende Verwirklichung gibt beiden Seiten Anlass, ihre Thesen bestätigt zu sehen. Und in der ganzen Zeit konnte sich die Parteiführung gesamthaft betrachtet nie schlüssig werden, nach welcher Richtung hin man den Kurs korrigieren müsse. Wie der Wirtschaftler Knezevic kürzlich schrieb: «Während die eine Gruppe von Leuten die Quelle allen Missgeschicks und aller Schwierigkeiten in der Bürokratie sieht und demzufolge diese ins Kreuzfeuer nimmt, liegt nach Ansicht einer zweiten Gruppe die Wurzel aller Uebel in Liberalismus und Anarchismus.»

Nun hat auch der achte Parteitag nicht endgültig darüber befunden, welche der beiden Auffassungen recht behalten soll. Vielmehr kam es wenigstens theoretisch zu einer Kompromisslösung, laut welcher keine der beiden Seiten recht oder unrecht hat. Zwar heisst es in der Entschliessung: «Ein demokratischer Ideenstreit ist zur Entwicklung sozialistischer Verhältnisse unerlässlich.» Und Rankovic erklärte: «Einheit muss die Frucht eines demokratischen Meinungswettbewerbs sowohl innerhalb des Kommunistenbunds als auch an einer breiteren Front sein.» Aber er schränkte die Auslegungsmöglichkeit solcher Meinungskonkurrenz kräftig ein, als er seine Stimme gegen «die verschiedenen selbstherrlichen ‚Freiheitshelden' des Kleinbürgertums» erhob, welche angeblich die «Autorität des Komunistenbundes zu irgendwelchen eigenen Zwecken ausnützen». Diese Kreise wünschten, so versicherte Rankovic, den Grundsatz der Selbstverwaltung auch auf Partei-Ebene einzuführen, eine Auffassung, die meistens noch mit der Forderung nach Legalisierung von Minderheitsrechten gekoppelt sei. (Das geltende Prinzip des «demokratischen Zentralismus» bestimmt, dass eine in Minderheit versetzte Gruppe die Meinung der Mehrheit zu vertreten hat.)

Wenn Rankovic und seine zentralistische Anhängerschaft das Prinzip des «demokratischen Zentralismus» als Grundlage der Partei-Einheit retteten, so war das zu erwarten gewesen. Doch kam auch die liberale Gegenseite unter Führung des Kroaten Vladimir Bakaric zu ihrem voraussehbaren Gewinn, als die Arbeiterselbstverwaltung zur «unwiderruflichen Grundlage des Lebens» proklamiert, «freiere Marktverhältnisse» zur richtigen Lösung der Wirtschaftsprobleme erhoben wurden.

Die jugoslawischen Kommentare zu den Kongressbeschlüssen bestehen darauf, dass sich der «demokratische Zentralismus» als Basis des Parteilebens und die Arbeiterselbstverwaltung als Basis des Staats- und Wirtschaftslebens gegenseitig ergänzen. In Wirklichkeit aber stehen die beiden Dinge in Opposition zueinander. Wenn Rankovic und seine Gruppe die Partei tatsächlich einer Lage anpassen wollten, in der ein demokratischer Meinungswettstreit stattfinden würde, müsste der «demokratische Zentralismus», das heisst die kommunistische Parteidisziplin in der herkömmlichen Auffassung, gegenstandslos werden.

... in der Defensive

Wenn die Konservativen ihre Positionen bis jetzt halten konnten, so ist das auch auf die Einflüsse der jugoslawischen Nationalitätenfrage zurückzuführen. Die zentralistischen Serben in der Partei glauben volle Unterstützung in den unterentwickelten Bundesländern wie Mazedonien und Montenegro zu finden. Von den 19 Mitgliedern des neubestellten Exekutivkomitees (das dem Politbüro anderer KP's entspricht) dürften mindestens zwölf der zentralistischen Gruppe angehören: vier Serben, vier Montenegriner, zwei bosnische Serben und zwei Mazedonier. Die liberale Gruppe bestünde (wenn Tito eingerechnet wird) aus vier Kroaten und drei Slowenen. Damit scheint zunächst die Linie im höchsten Parteigremium festgelegt zu sein, da der Minorität kein Recht zusteht, ihre eigenen Gedanken weiter zu verfechten. Nur sieht die Sache im Alltagsleben doch erheblich anders aus. Auf der Ebene der Teilrepubliken und der Gemeinden sind die Tendenzen zur Dezentralisierung und Liberalisierung zu stark, um permanent in Schach gehalten zu werden. Der Prozess kann durch den Widerstand in der Parteispitze wohl verzögert werden, mindestens in einigen Landesteilen, aber in fortgeschrittenen Gebieten wie Kroatien und Slowenien ist selbst das nicht so ganz sicher. Rankovic und seine Gruppe bestehen auf eine Politik der starken Hand, um Manifestationen von Nationalismus, Chauvinismus und Lokalinteresse auszuschalten. Anderseits nimmt man auch in diesen Kreisen von diktatorischem Vorgehen formellen Abstand und fordert Berücksichtigung der «objektiven Schwierigkeiten» bei der Beurteilung ideologisch-politischer Probleme. Man müsse, sagte ein mazedonischer Parteitheoretiker vor dem Kongress, das persönliche Interesse der Einzelnen vom Egoismus unterscheiden.

Das Dilemma bleibt

Immer wieder wird man auf das zurückgeführt, was der Belgrader Professor Mihailo Markovic als fundamentales Dilemma bezeichnete:

Muss nicht die Demokratisierung (selbst in beschränkter Form), verkoppelt mit dem Mechanismus der Marktwirtschaft, notwendigerweise zum Zerfall des Parteimonopols führen? Die Liberalen in der Partei glauben das nicht. Im Gegenteil sehen sie in Liberalisierung und Demokratisierung die zeitgemässe Form, die Macht der Partei zu heben, freilich nicht im Sinne einer zentralen Disziplin, sondern im Sinne einer Popularisierung.

*

Wie gesagt, hat der achte Parteikongress weder den Zentralisten noch den Liberalen carte blanche gegeben. Titos Eröffnungs- und Schlussreden liessen erkennen, dass sich zu seinen Lebzeiten die beiden Flügel weiterhin bekämpfen werden. In der Zwischenzeit dürfte die Verjüngung im Partei- und Staatsapparat der liberalen Tendenz zugute kommen. Die Bedeutung des Kongresses wird vor allem von den bevorstehenden Aenderungen im Wirtschaftssystem abhängen: von der Währungsreform, den Umstellungen im Bank- und Kreditwesen, der Lohn- und Steuerpolitik. Die jugoslawischen Kommunisten haben grösseren Realismus an den Tag gelegt als ihre Genossen in andern kommunistischen Staaten. Die nächsten zwei bis drei Jahre werden zeigen, ob der «jugoslawische Weg zum Sozialismus» gangbar ist.